



Foto: Angie Ehinger

Russlands Einmarsch in der Ukraine EUROPA IM ZEICHEN

War das nicht eine schöne heile Welt, die sich unsere politischen Eliten im Verein mit Medien und gesellschaftlichen Gruppen zusammengeträumt haben? Nach der Auflösung des Warschauer Paktes der Bundeswehr die Aufgabe der Landes- und Bündnisverteidigung wegzunehmen, zeugt von einer bemerkenswerten Ignoranz der menschlichen Natur. Mit der eklatanten Fehlentscheidung der damaligen Schröder-Fischer-Regierung vom 20. Mai 2003 wurde die herkömmliche Landesverteidigung aus dem Aufgabenkatalog der Bundeswehr gestrichen. Wir waren ja nur mehr von Freunden umgeben. Auch die damaligen schwarzen und gelben Oppositionsparteien hatten das akzeptiert. Unsere Armee wurde in der Folge nochmals verkleinert, 2011 die Wehrpflicht aufgegeben, Standorte wurden geschlossen, Waffensysteme und Munitionsvorräte drastisch reduziert. Nebenbei gerieten die Soldaten noch weiter an den Rand der Gesellschaft – die Quittung dafür bekommen wir nun. Die Bundeswehr ist nicht zur Verteidigung unseres Landes in der Lage. Dabei hat nicht erst die moderne Psychologie herausgefunden, dass im Menschen beides angelegt ist: das Schlechte wie das Gute. Krieg in Europa war aber nicht mehr vorgesehen. Es wurde der Eindruck erweckt, sämtliche Interessengegensätze ließen sich in einer zivilisierten Welt wegverhandeln. In zahllosen Verträgen und internationalen Abkommen wurde die friedliche Konfliktlösung geregelt, Entgleisungen mit Krieg und Gewalt durften nicht mehr vorkommen. Und dann das: Wladimir Putin hält sich nicht an die Spielregeln - einfach unglaublich. Mit dem russischen Angriff ist die pazifistische Seifenblase endgültig geplatzt. Im Gefolge falscher Politik ist das deutsche Heer nun blank, wie es Generalleutnant Alfons Mais trefflich ausgedrückt hat. Deutschland hat im übertragenen Sinne seiner Feuerwehr die Spritzen entzogen, weil es mal eine Zeit lang nicht gebrannt hat. Dabei wusste bereits Friedrich Schiller, dass der Frömmste nicht in Frieden leben kann, wenn es dem bösen Nachbarn nicht gefällt.

Das Erschrecken ist groß

Dass die Europäer im Gefolge der Amerikaner vor 20 Jahren Verständigungsmöglichkeiten mit Russland ausgeschlagen haben, ist weitgehend unstrittig. Die Invasion des Nachbarlandes ändert nun aber Positionen um 180 Grad. Putin ist zum Feind erklärt geworden, wir müssen aufpassen, nicht

auch noch die Russen zum Feind zu erklären. Dass das Militärische seine Schuldigkeit nicht getan hat, hätte aber bereits 2008 erkannt werden müssen. Die russische Armee ist damals in die zu Georgien gehörenden Teilrepubliken Südossetien und Abchasien einmarschiert, 850 Menschen starben. Dennoch haben wir Deutschen lieber weiterhin die Friedensdividende eingefahren und 2011 die Bundeswehr nochmals verkleinert. 2014 dann die Annexion der Krim nach einem international nicht anerkannten Referendum. Von den grünen Männchen ohne Hoheitsabzeichen im ukrainischen Donbass ganz zu schweigen. Wobei es unterschiedliche Versionen der Ursachen und Abläufe gibt. Die russische Sicht unterscheidet sich jeweils fundamental von derjenigen der Amerikaner.

Wir setzten aber auch nach 2008 auf Konferenzen, Verträge und blaue Augen. Mit „wir“ ist namentlich die Kanzlerin der letzten 16 Jahre gemeint. Ihre Verantwortung wäre es gewesen, beizeiten eine Kursänderung einzuleiten und Deutschland zusammen mit den europäischen Bündnispartnern wieder selbstständiger, um nicht zu sagen unabhängiger auch von jenseits des Atlantiks zu machen. Und dem pazifistischen Zeitgeist zu widerstehen, indem Führung gezeigt wird und unbequeme Themen diskutiert werden. Es musste sich früher oder später rächen, die eigene Politik auf Stimmungen in der Bevölkerung auszurichten und die unpopuläre, weil teure Vorsorge für eine unbestimmbare Zukunft in die zweite Reihe zu stellen. Zu allem Überfluss wurde zugelassen, auch bestehende Energie- und Rohstoffabhängigkeiten weiter zu steigern. Anstatt die Diversifikation von Lieferländern zu erhöhen, wurde 2015 die Erdgasleitung Nordstream 2 mit Unterstützung der Regierung auf den Weg gebracht. Selbst die dezidierte Ablehnung fast aller europäischen Partner konnte an dem Projekt nichts ändern. Dabei erhöhte die blauäugige Energiewende mit dem Abschalten von Kernkraftwerken, weil 2011 ein Tsunami das japanische Atomkraftwerk Fukushima zerstört hatte, sehenden Auges bestehende Abhängigkeiten zusätzlich. Gibt es ein peinlicheres Bild für die Korrektur grüngefärbter Energiepolitik, als den Bückling von Wirtschaftsminister Habeck vor dem Emir von Katar? Manchmal hat das Schicksal unbarmherzige Antworten parat auf die menschliche Hybris.

Sicherheit das erste Gebot

Wenn es eine unstrittige Daseinsberechtigung für den modernen Staat gibt, so ist es die Gewährleistung von Sicherheit für die Bürger. Sicherheit nach innen, die durch

und die Folgen

DES KRIEGES

die Polizei wahrgenommen wird und Sicherheit nach außen, bei uns eben Sache der Bundeswehr. Häufig übersehen werden in diesem Zusammenhang Zivil- und Katastrophenschutz, die – wie die Pandemie und das Hochwasser 2021 gezeigt haben – ebenfalls im Argen liegen. Auch die Energiesicherheit gehört heutzutage dazu, weil moderne Staaten ohne Rund-um-die-Uhr-Energieversorgung nicht funktionieren. Die Gewährleistung von Sicherheit darf aber kein Saisongeschäft sein, das nach Belieben heruntergefahren wird, wenn einem gerade die Ausgaben zu hoch sind oder sich keine Gegner sehen lassen. Immerhin ist nach 2014 der Bundeswehr die Aufgabe Landesverteidigung wieder zugestanden worden. Unsere Armee erhält auch wieder mehr Geld, deren grundlegende Defizite aber wurden nicht beseitigt. Mit den Trendwenden Personal, Material und Finanzen wurde der Versuch unternommen, das Ruder wieder herum zu reißen. Der Verteidigungsetat ist seither nennenswert gestiegen, mit in der Größenordnung 50 Milliarden Euro blieb man aber weit unterhalb der NATO-Messlatte von zwei Prozent des Bruttosozialproduktes. Mit kopflastigen und überbürokratisierten Bundeswehrstrukturen, die im Kern weiterhin auf internationale Krisenbewältigung und nur ansatzweise auf Landesverteidigung ausgerichtet sind, waren die elementaren Probleme jedoch nicht zu beheben. Und mit Haushaltsmitteln allein können die grundlegenden Dysfunktionalitäten der Armee sowieso nicht korrigiert werden.

Fähigkeit zur Landesverteidigung

Es wird sich zeigen, ob mit dem riesigen Schluck aus dem Bundeshaushalt in Form eines 100 Milliarden Sondervermögens (besser Sonderschulden) für die Bundeswehr entscheidend mehr bewirkt werden kann, als nur das schlechte Gewissen der politisch Verantwortlichen zu kaschieren. Klar können damit nun sündteure Waffensysteme beschafft werden, für die bisher das Geld nicht gereicht hat. Von entscheidender Bedeutung wäre aber doch vor dem Treffen unumkehrbarer Beschaffungsentscheidungen sich der konzeptionellen Grundlagen zu vergewissern. Ein Beispiel dafür behandeln wir in diesem Heft: Es ist keine akzeptable Lösung, aufwändige Kampfflugzeuge für Aufgaben zu beschaffen, die heutzutage weit besser, einfacher und auch günstiger mit Raketen durchgeführt werden können (siehe nukleare Teilhabe auf

Seite 18). Das würde sicher nochmals Zeit erfordern, die man glaubt, nicht zur Verfügung zu haben, weil unversehens die Hütte brennt. Wenn aber die Einsatzkonzepte nicht zur künftigen Bedrohungslage passen, wird die Bundeswehr auch künftig nicht effektiv für ihre Aufgaben gerüstet. Das ist aber doch der entscheidende Punkt, um nicht in einigen Jahren feststellen zu müssen, die Abwehrfähigkeit unseres Landes nicht wirklich gesteigert zu haben. Selbst beim Auffüllen der leeren Munitionsdepots wird darauf zu achten sein, nicht Milliarde um Milliarde in Systeme zu investieren, die nicht wenigstens eine mittelfristige Zukunft haben.

Um die Wehrfähigkeit unseres Landes wieder auf Vordermann zu bringen, sind aber noch ganz andere Dinge anzupacken, um die es nicht gut bestellt ist. Zuvörderst ist die Außen-, Sicherheits- und Militärpolitik vom Geruch der Verfolgung vermoderter Interessen des letzten Jahrhunderts zu befreien. Angebliche Eliten interessieren sich nicht die Bohne für diese existenziell wichtigen Themen. Woher kommt das? Der Verweis auf die deutsche Vergangenheit ist zu billig. Unsere Misere beginnt mit dem von den 68ern in die deutschen Schulen getragenen schiefen Blick auf Militär und Bundeswehr, der mit entsprechenden Folgen in die Köpfe junger Menschen getrichtert wurde. Es geht weiter mit gerechtigkeitstrunkenen Medien, in denen Rassenprobleme in den Vereinigten Staaten rauf und runter diskutiert werden, aber die Pflicht, Aufgaben für das Gemeinwesen wahrzunehmen, wenn überhaupt nur am Rande vorkommt. Auch die Aussetzung der Wehrpflicht hat das ihre dazu beigetragen, dass Angelegenheiten der Streitkräfte nicht mehr am Küchentisch diskutiert wurden. Selbst nach Ausbruch des Krieges sind jedoch Zeitungskommentare mit dem Tenor zu lesen, Jugendoffiziere hätten an deutschen Schulen nichts verloren. Wir werden sehen, wie lange der aktuell stärkere Zulauf zur Bundeswehr tatsächlich anhält.

Nationale Sicherheitsstrategie

Zum erforderlichen Kurswechsel gehört auch, dass unser Land endlich seine wohlverstandenen Interessen definiert und eine Nationale Sicherheitsstrategie entwickelt. Dies verlangt auch das Umgehen auf Augenhöhe mit unseren Partnern; die Nachbarn wollen wissen, woran sie mit uns sind. „Deutsche Macht fürchte ich heute weniger als deutsche Untätigkeit“ äußerte der polnische Außenminis-



Wie in jedem Krieg: Das hauptsächliche Leid trifft die Zivilbevölkerung. – Das von Maxar Technologies bereitgestellte Satellitenbild zeigt brennende und zerstörte Wohnhäuser am 22.03.22 in Mariupol, Ukraine. © picture alliance / ASSOCIATED PRESS

ter Radosław Sikorski 2011 im Zusammenhang mit der Schuldenkrise. Vielleicht geht nun endlich auf dem Sicherheitssektor Entscheidendes voran. Selbst die grüne Außenministerin hält nun eine Nationale Sicherheitsstrategie für erforderlich, weil die Bürger „eine Sehnsucht nach Sicherheit“ hätten. Da schau her, welch eine Erkenntnis! Man darf die Hoffnung eben nie aufgeben. Die unverzeihlichen Fehler der Vergangenheit zu korrigieren, wird viele Jahre dauern und eine horrende Stange Geld kosten. Ganz entscheidend ist aber die Frage, ob und wie die Bundeswehr ausreichend Soldaten gewinnen kann. Eine allgemeine Dienstpflicht für junge Männer und Frauen für wichtige Aufgaben der Gesellschaft wie die Verteidigung könnte entscheidend dazu beitragen. An der Notwendigkeit einer gut ausgestatteten Bundeswehr geht jedenfalls kein Weg mehr vorbei. Das scheint inzwischen Konsens in der Gesellschaft. Unsere Demokratie muss zur Zukunftssicherung wieder wehrhaft werden. Äußere wie auch innere Sicherheit sind Voraussetzungen für eine funktionierende Zivilgesellschaft wie nicht zuletzt auch unseren Sozial- und Rechtsstaat. Es sieht so aus, als ob diese Lektion nun wieder gelernt worden wäre. Wir müssen uns als Gesellschaft wieder für den Krieg rüsten, um den Frieden zu bewahren. Das sind wir uns und unseren Kindern schuldig.

Wehrhafte Demokratie

Wer hätte gedacht, dass es noch zu unseren Lebzeiten eine Renaissance des Gedankens der wehrhaften Demokratie geben wird. In den Medien nimmt die Situation der Bundeswehr und deren kaum vorhandene Fähigkeit zur Landesverteidigung nun breiten Raum ein. Wie dem auch sei, Veteranen- und Soldatenvereine können mit gutem

Recht darauf verweisen, zeit ihres Bestehens den Gedanken der wehrhaften Demokratie eingefordert zu haben. Auch wenn es ‚ewig gestrig‘ hieß, ‚die Zeichen der Zeit nicht erkannt‘, oder ‚Militär braucht eh keiner mehr‘! In unserem Verband treten seit Generationen Menschen für den Frieden ein. Die Mitglieder des Bayerischen Soldatenbundes in den zahlreichen Kameradschaften streiten – egal wo der gesellschaftliche Wind auch immer her weht – für Zusammenhalt und Wehrhaftigkeit. Dieser Grundgedanke hält uns zusammen. Soldaten kämpfen für das Vaterland, wenn es sein muss mit Leib, Leben und Gesundheit. Aus diesem Grunde halten wir die bitteren Erfahrungen gefallener Kameraden aus dem 1870er Krieg, dem Ersten, wie auch dem Zweiten Weltkrieg wach. Damit das Opfer ihres Lebens nicht im Wehen des Zeitgeistes untergeht.

Wir können die Weltgeschichte allein nicht ändern, der Traum vom ewigen Frieden liegt uns fern. Wir werden unsere Überzeugungen weiterhin mit Nachdruck vertreten und die politisch Verantwortlichen an die elementare Pflicht erinnern, die sie wahrzunehmen haben: Alles Menschenmögliche zu tun, dass die Bürger in sicheren Grenzen leben können. Die Einsatzfähigkeit der Armee ist hierfür unabdingbare Grundvoraussetzung.

In Treue fest!

Richard Drexler
Oberst a.D.